

Faeser sorgt für Unmut im Südwesten

Bundesinnenministerin Nancy Faeser erntet für Äußerungen zu Flüchtlingskosten Kritik. Die Aussagen gingen an der wirklichen Lage vorbei, kritisiert Landesmigrationsministerin Marion Gentges. Tübingens OB Boris Palmer schimpft ebenfalls lautstark.

■ Von Martin Oversohl, Sophia-Caroline Kosel und Robin Wille

BERLIN/STUTTGART. Bundesinnenministerin Nancy Faeser löst im Südwesten Unverständnis aus. Die SPD-Politikerin hatte erklärt, sie könne Forderungen der Kommunen nach mehr Geld vom Bund für die Unterbringung von Flüchtlingen und Migranten zum jetzigen Zeitpunkt nicht nachvollziehen. „Ich finde es seltsam, wenn jetzt schon – Anfang April dieses Jahres – gesagt wird, das Geld für dieses Jahr reiche nicht aus“, sagte sie den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Donnerstag). Sie argumentierte zudem, es dürfe „keine Höchstgrenzen für Menschlichkeit geben“.

— Gentges kritisiert Aussagen

Dies gehe an der wirklichen Lage vorbei, warf ihr die baden-württembergische Migrationsministerin Marion Gentges (CDU, Wahlkreis Lahr) vor. Es gehe um objektive Kapazitäts- und Leistungsgrenzen. Oft werde der Raum für die Unterbringung knapp. Die ehren- und hauptamtlichen Helfer stießen an ihre Belastungsgrenze oder seien bereits darüber. Baden-Württemberg habe



Bundesinnenministerin Nancy Faeser erhält Gegenwind aus dem Südwesten.

Foto: dpa/Paul Zinken

im vergangenen Jahr deutlich mehr Menschen aufgenommen als in den Jahren der Flüchtlingskrise 2015 und 2016 zusammen. Das gehe nur mit einer großen Kraftanstrengung aller Beteiligten. Der Bund müsse sich auf europäischer Ebene für eine gerechte und ausgewogene Verteilung einsetzen. Er müsse zudem dafür sorgen, dass die Aufnahmekapazitäten in den Ländern und

Kommunen abgedeckt würden, sagte die CDU-Ministerin.

— Palmer fühlt sich nicht ernst genommen

„Wenn die Bundesinnenministerin meint, die Kommunen hätten doch keine Probleme und könnten noch gar nicht wissen, was noch alles auf sie zukommt, dann fühle ich mich wirklich nicht ernst genommen und fast schon veralbert“, sagte

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) am Donnerstag in der Sendung „RTL Direkt“. Palmer sagte, die Kommunen seien mit der Lage überfordert.

In vergangenen Jahr wurden laut Justizministerium 146 000 Menschen aus der Ukraine, 28 000 Asylsuchende und 3 400 Menschen im Rahmen der humanitären Hilfe aufgenommen. In den ersten Monaten

2023 waren Stand Donnerstag bislang weitere 7 000 Menschen auf der Suche nach Asyl sowie 13 000 auf der Flucht vor dem Ukraine-Krieg und 600 weitere, darunter zum Beispiel Ortskräfte aus Afghanistan.

Im Land gibt es derzeit mehr als zehn Aufnahmestandorte, darunter das Ankunftscenter in Heidelberg, in dem bis zu 2 000 Menschen untergebracht werden können, sowie vier Landeserstaufnahmestellen in Ellwangen, Sigmaringen, Freiburg und Karlsruhe.

— Frei fordert doppelt so viel Unterstützung

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei (CDU, Donaueschingen), hat derweil eine Verdopplung der für dieses Jahr zugesagten Bundesgelder für Kommunen gefordert. „2022 sind mit 1,3 Millionen Menschen mehr Schutzsuchende nach Deutschland gekommen als in den beiden Migrationskrisenjahren 2015 und 2016 zusammen“, sagte Frei dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Die Kommunen bräuchten „mindestens doppelt so viel Unterstützung als die bisher für dieses Jahr vorgesehenen 2,75 Milliarden Euro“.